

Yan R. und seine 14-jährige Tochter trauen ihren Augen nicht, als sie auf den Stundenplan des neuen Schuljahres blicken: Alles ist geblieben, wie es war, an der Staatlichen Ballettschule. Die beiden ungezügelter Ballettlehrer Herr X und Frau Y (Namen sind der Redaktion bekannt), über die es massive Beschwerden gab, unterrichten wie gehabt. Nichts daran hat sich geändert nach acht Monaten Skandalberichten über die Schule.

Yan R. erzählt von seiner Tochter, einer exzellenten Schülerin mit den großen Träumen einer Ballerina. Sie kommt aus einer Tänzer-Familie, Yan R. selbst war am Bolshoi engagiert. Auch sie liebte die Schule bis zu dem Tag, als 2019 Frau Y ihre Klasse übernahm, als Ignoranz, Brüllerei und Beleidigungen Einzug hielten in den Unterricht. Im neuen Schuljahr nun verfasste die 14-Jährige einen Abschiedsbrief und las ihn ihrer Klasse und Frau Y vor. Sie hat mit ihrer Familie einen harten Schnitt beschlossen und wechselt an eine andere Ballettschule, mehr als 600 Kilometer entfernt von den Eltern, der kleinen Schwester, den Freunden, ihrem Zuhause in Berlin. Sie muss dort in ein Internat ziehen und sagt: „Ich bin so traurig!“ Mitschülerinnen weinten, berichtet der Vater.

Schon seit Jahresbeginn dröhnen aus der renommierten Eliteschule für Ballett und Artistik nur noch Negativ-Schlagzeilen: Es gebe Beleidigungen, Drill und Bodyshaming, erklärte die Bildungsverwaltung mit der SPD-Senatorin Sandra Scheeres an der Spitze. Danach inszenierten Scheeres und die zuständige Staatssekretärin Beate Stoffers jede Menge Ballettschul-Alarm, nie ohne die Medien einzuladen. Sie feuerten den Schulleiter und den künstlerischen Leiter, stellten eine Kommission und eine Clearingstelle zusammen. Die sollten Beschwerden sammeln, nicht aber auf ihren Wahrheitsgehalt prüfen. Scheeres ließ immer neue Schreckensmeldungen vor der Presse ausbreiten. Das führte zu einer umfangreichen Verdachtsberichterstattung, die reichte bis zu Behauptungen von physischen Misshandlungen und sexueller Gewalt. Aber es wurde kein konkreter Fall benannt – kein Lehrer, kein Schüler, kein Zeuge. Die seriöse Untersuchung einer unabhängigen Beraterfirma dagegen, die im Januar Verwerfungen an der Schule über Wochen differenziert prüfte, wurde von der Senatorin abgebrochen. Die Profis hatten unauffällig und systematisch gearbeitet, auch ohne Schlagzeilen.

Spätestens mit dem neuen Schuljahr wird klar: Die Betriebsamkeit der Verwaltung war vorgetäuscht, die Skandal-Vorwürfe sind immer noch nicht bestätigt. Sogar die beiden Problemlerher unterrichten weiter. Die Schule mit internationalem Renommee, deren Absolventen weltweit in angesehensten Compagnien tanzen, wird vorübergehend geleitet von einem pensionierten Berufsschulleiter ohne Tanz-Sachverstand. Das Landesjugendballett existiert ohne Leitung quasi nicht mehr.

Eltern und Schüler

Es formiert sich Widerstand. Die Onlineplattform „Save the dance“, in der sich Hunderte teils prominente Unterstützer für den Fortbestand der Schule einsetzen, fordert den Rücktritt der Senatorin. Mitten in den Ferien schrieben 39 Schülerinnen und Schüler einen offenen Brief: „Liebe Politiker! Wir sind verzweifelt! Wir brauchen Auftritte. Wir wollen der Welt zeigen, wer wir sind. Das ist der Grund, warum wir seit unserer Kindheit bis zu sechsmal in der Woche in den Trainingsaal gehen.“ Aber das Jugendballett liege auf Eis. Sie seien geschockt über Pläne der Politik, die weg wollten vom Focus auf die künstlerische Ausbildung – dann hätten sie keine Chance in der internationalen Ballettszene. Und die Problem-Lehrer ziehe man auch nicht zur Verantwortung.

Die Bildungsverwaltung

Zuvor hatte sich ein Dutzend Eltern in einem offenen Brief beschwert. Sie stellten Strafanzeige gegen die Senatorin wegen Vernachlässigung der Fürsorgepflicht und Kindeswohlgefährdung. Das Schreiben listet die Vorwürfe detailliert auf, fügt Protokolle als Beweise an. Lehrer X schmeiße Schüler aus dem Unterricht, beschimpfe sie als „Arschlöcher“, verängstige, demütige und beschimpfe sie, heißt es darin. Der Umgangston von Frau Y im Unterricht sei scharf, verletzend, erniedrigend. Einmal habe sie die Schülerinnen bei einer Probe in der Oper einfach stehen gelassen und sei ihrer Wege gegangen. Die Kinder mussten sehen, wie sie nach Hause kamen. Die wütenden Eltern kündigten an, ihre Kinder nicht mehr zur Schule zu schicken, solange sie solchen Lehrern ausgesetzt seien.



„Liebe Politiker! Wir sind verzweifelt!“, schrieben 39 Schülerinnen und Schüler in einem offenen Brief.

IMAGO STOCK & PEOPLE

Tanz auf dünnem Eis

Seit Februar erschüttern Schreckensmeldungen die Staatliche Ballettschule.

Auch in diesem Schuljahr gibt es keinen Schutz der Kinder vor rabiaten

Tanzlehrern, stattdessen arbeitet sich die Senatorin an der obskuren

Kündigung des Schulleiters ab. Jetzt klagt er vor Gericht

BIRGIT WALTER

„Lasst euch nicht unterkriegen. Niemand sollte euch die Leidenschaft zum Tanz nehmen. Kämpft darum!“

Eine ehemalige Schülerin der Staatlichen Ballettschule Berlin in ihrem Abschiedsbrief.

die Wiedereröffnung der Schulen in ganz Berlin zuständig war. Interessant auch die Auskunft, dass die Verwaltung nichts wisse von den langjährigen Bemühungen der Schulleitung um die Qualifizierung der Tanzlehrer. Ballett unterrichten hier nämlich überwiegend ehemalige Tänzer ohne pädagogische Ausbildung – mitunter zum Nachteil der Kinder, wie man sieht. Dabei würde eine Qualifikation auch helfen, das

zerstrittene Kollegium zu befrieden, in dem die allgemeinbildenden Lehrer deutlich mehr verdienen als ihre Kollegen aus der Praxis. Aber der Senatorin soll ja nicht mal das Problem bekannt sein.

Die Leiter der Schule

Scheeres lenkt ihre Energie auf andere Dinge, vor allem darauf, den Leiter und den künstlerischen Leiter der Schule loszuwerden. Dass sie dabei in wenigen Monaten die Struktur und den glänzenden internationalen Ruf der Schule zerstört hat, scheint ihr völlig egal. In den neun Jahren ihrer Amtszeit wurde der Schulleiter mit Lob überschüttet für sein enormes Engagement, die Modernisierung und internationale Vernetzung der Schule, für die Einführung des Bachelors, die Gründung des Landesjugendballetts. Gefeuert werden soll er nun, weil er nicht genug unterrichtet habe.

Am 2. September geht Ralf Stabel, 55, vor Gericht. Der promovierte Tanz- und Theaterwissenschaftler, langjähriger Leiter der Staatlichen Ballettschule im Rang eines Professors, klagt gegen seine fristlose Kün-

digung. Der Tänzer Gregor Seyffert, ehemaliger künstlerischer Leiter, wird gegen seine Kündigung im Oktober gerichtlich vorgehen. Beide erklären, sie hätten sich nichts zuschulden kommen lassen.

Seit der Kündigung haben sie kein Einkommen. Auch Arbeitslosengeld steht ihnen wegen der Fristlosigkeit zunächst nicht zu. Diese Form des Rauschmisses wird normalerweise nur bei schweren Vergehen gewählt – etwa bei Arbeitsverweigerung, Diebstahl oder Betrug. Einzuhalten ist eine Frist von zwei Wochen nach Kenntnis der Vorwürfe. Die Bildungsverwaltung hat sich fast ein halbes Jahr Zeit gelassen.

Vor Gericht

Versetzen wir uns einen Augenblick in die Situation der Richter am Arbeitsgericht, die nun über den Akten sitzen und befinden sollen, wer recht hat – der geschasste Schulleiter oder die mächtige Verwaltung. Die Negativ-Schlagzeilen der letzten Monate spiegeln sich nicht im geringsten in dem Kündigungsschreiben. Die Verwaltung wirft dem Leiter vor, zu wenige Stunden unterrichtet zu haben. Außerdem habe er zugelassen, dass an fünf Tagen des letzten Jahres die 14 Stunden Ruhezeiten einiger Schülerinnen unterschritten wurden. Rechnet man nach, fehlen an 14 Stunden gerade mal 20 Minuten. Jens Brückner, Anwalt des Schulleiters, widerspricht aus einem noch profaneren Grund: Die vorgeschriebenen Ruhezeiten seien an dieser Schule gar nicht auf 14 Stunden festgelegt, sondern auf 12. Sein Mandant habe außerdem mehr unterrichtet als seine Pflichtstunden, trotz 50-Stunden-Woche. Übrigens geben der neu eingesetzte Leiter und seine Stellvertreterin überhaupt keine Stunden.

Auch der juristische Laie erkennt, dass es hier nicht um gefährliche Gesetzesverstöße geht, sondern dass ein Leiter weg soll. Man muss nicht mal daran erinnern, mit welchen Ruhezeiten andere minderjährige Hochleistungssportler auskommen, wenn sie täglich und am Wochenende trainieren, ohne dass eine Schule darauf Rücksicht nehmen kann. Nur an der Staatlichen Ballettschule ist dieses Nebeneinander von Bildung und Ausbildung streng geregelt. Und führte übrigens in beiden Bereichen zu phänomenalen Ergebnissen. Die Schule erreichte 2020 wieder Platz eins im Ranking der beruflichen Berliner Gymnasien und entsendet ihre Absolventen an führende Compagnien in aller Welt.

Weil die Senats-Anwälte nur so zweifelhafte Gründe für den Rauschmiss auffahren, liefern sie dem Gericht auf mehr als 50 Seiten zusätzlich Material, das erklären soll, warum die Verwaltung den Schulleiter tatsächlich loswerden will. Alles geht zurück auf ein anonymes Dossier von vier Frauen, die schwere Vorwürfe gegen die Schule erheben, darunter sexistische Kommentare, sexuelle Übergriffe, Mobbing. Die Anschuldigungen beruhen auf Hörensagen, aber das Dossier erregte Aufsehen, als es im Januar an die Bildungsverwaltung, an Medien und Fachpolitiker ging. Doch entscheidende Behauptungen darin sind nachweislich falsch, wie vor Monaten eine Recherche der Berliner Zeitung ergab. Auch eine Anzeige der Dossier-Autorinnen gegen Gregor Seyffert wurde von der Staatsanwaltschaft abgeschmettert.

Trotzdem zitiert die Verwaltung in ihrer Klage-Abweisung das Dossier wie einen Tatsachenbericht. Genauso wie einen RBB-Beitrag, deren Hauptzeugin eine ehemalige Lehrerin ist, die immer wieder alkoholisiert den Unterricht verlassen musste. Sie galt als besonders gnadenlos und formuliert nun nachträglich öffentlich ihre Sorge um die Schülergesundheit. Der Anwalt der Verwaltung zitiert sogar eine zweite ehemalige Lehrerin, die massiv verleumdende Online-Posts nach einer Unterlassungserklärung löschen musste. Aber die Verwaltung ist nicht zimperlich bei der Wiedergabe unbewiesener Beschuldigungen. Will sie die Haltung der Richter beeinflussen? Um von eigenem Versagen abzulenken?

Als Bürger der Stadt kann einem der ganze Vorgang nur peinlich sein. Hier geht ja kein gewissenloser Global Player mit fiesen juristischen Tricks gegen Querulanten vor. Hier tritt der Staat an gegen einen Angestellten, für den er eine Fürsorgepflicht hat. Bei der Klage gegen Gregor Seyffert im Herbst wird es noch unappetitlicher – ein eigenes Thema.

Verraten fühlen müssen sich dabei vor allem die Schülerinnen, die so hart trainieren und nun um ihre Ausbildung fürchten. Die Sorge um das Kindeswohl, das die Verwaltung ständig im Mund führt, wird durch ihr Nicht-Handeln zur hohlen Floskel. Die Ballettschülerin, die jetzt die Schule wechselt, ruft ihren Mitschülern zum Abschied zu: „Lasst euch nicht unterkriegen. Niemand sollte euch die Leidenschaft zum Tanz nehmen. Kämpft darum!“